

III. Golfkrieg - ohne uns ?

i Wahlumfragen machen sensibel. Seit Anfang August propagiert Bundeskanzler Schröder den "deutschen Sonderweg" in der Kriegspolitik: Schluß mit der "bedingungslosen Solidarität" mit der US-Regierung - an einem US-Angriff auf den Irak soll sich die Bundeswehr nicht beteiligen. Begründung: Im Irak gebe es keine Terroristen, gegen die das deutsche Enduring Freedom-Mandat vom 16. November 2001 gefaßt wurde. Ziel der Irak-Politik müsse sein, die ABC-Waffen-Inspektoren der UNO wieder ins Land zu bringen. "Hundsgefährlich" nannte Kanzlerkandidat Stoiber diesen Alleingang, bevor er wenig später ebenfalls vor einem Irakkrieg warnte, an dem sich die Bundeswehr nur mit UN-Mandat beteiligen dürfe. Noch vor einem Jahr brauchten beide Herren weder Terrorismus-Beweise noch ein UNO-Mandat, um einer deutschen Beteiligung am Afghanistan-Krieg zuzustimmen. 3.900 Bundeswehrsoldaten haben nach 12 Monaten zwar noch keinen Terroristen gefangen, gelegentlich aber schonmal mitgeschossen. Doch der von US-Vizepräsident Richard Cheney geforderte "Präventivkrieg" gegen den Irak bescherte den deutschen Freunden innen- und außenpolitisch kalte Füße. Im Falle eines US-Angriffs, verkündete Bundesverteidigungsminister Peter Struck, würden seine sechs Fuchs-Spürpanzer umgehend aus Kuwait abgezogen.

Wer's glaubt, wählt Schröder.

Die Wüstenfüchse des 7. ABC-Abwehrebataillons aus Höxter haben seit ihrer Ankunft am 23. Januar 2002 schon manche Auftragsmetamorphose hinter sich: Als Anti-Terror-Komponente im November 2001 beschlossen, in einem Notenwechsel vom 10. Januar 2002 von der kuwaitischen Regierung gebilligt und bereits in Cuxhaven verladen, bevor am 18. Januar die offizielle kuwaitische Einladung erfolgte, landeten die 238 ABC-Soldaten "als Teil einer Immediate Response Force des Combined Joint Task Force Consequence Management" 60 Kilometer vor der irakischen Grenze. Ihr angeblich "multinationales ABC-Manöver" bestand darin, daß ein amerikanischer Stab in Camp Doha/Kuwait die deutschen Panzerfahrer kommandierte. Am 4. März 2002 war das "Manöver" zu Ende und 300 tschechische ABC-Soldaten traten zum nächsten "multinationalen ABC-Manöver" in Camp Doha an. Die deutschen Wüstenfüchse aber blieben, das Personal wurde lediglich auf 52 Soldaten reduziert. Mehrfach wurde berichtet und dementiert, die Fuchs-Panzer sollten an Kuwait verschenkt werden und die deutschen ABC-Soldaten sollten ihre neuen Kameraden ausbilden. Doch erstens erwartet niemand in Kuwait einen Atomwaffeneinsatz (allenfalls aus Israel oder den USA), zweitens eignen sich die hochgelobten Fuchs-Panzer nicht zur B-Waffenaufklärung und

drittens zeigte die kuwaitische Regierung kein Interesse an den ätlichen deutschen Radpanzern. Trotzdem sollen die Thyssen-Panzer bis zum Ende des Enduring Freedom-Mandats im Dezember in Kuwait bleiben - falls es bis dahin nicht ernst wird.

Was also ist dran am neuen Kriegsdienstverweigerer Deutschland? Noch in diesem Jahr könnte ein US-Angriff auf den Irak beginnen, vor Einsetzung des neuen US-Senats, vor Sommerhitze und um von der afghanischen Stationierung abzulenken. Von den europäischen Kollegen hat Außenminister Fischer bisher nur verhaltene Zustimmung für seine Kriegsablehnung bekommen. Die britische Regierung möchte auch gegen den Willen ihrer Bevölkerung erneut den US-Hilfssheriff spielen. Die französische Regierung macht ihre Kriegsbeteiligung von einem UN-Mandat abhängig, wohl wissend, daß im UN-Sicherheitsrat ein Irak-Krieg von Rußland und China bisher abgelehnt wird. Entsprechend bemüht sich die US-Regierung gar nicht erst um ein UN-Kriegsmandat. Dennoch scheint die deutsche Wortmeldung nicht gänzlich zu verhallen: Anfang September forderte US-Außenminister Colin Powell, Indizien für Terrorismus und Massenvernichtungswaffen im Irak beizubringen, denen sich die europäischen Freunde nicht verweigern könnten. Doch Kanzler Schröder - neben der Bundestagswahl auch den kriegsuntauglichen Zustand der Bundeswehr vor Augen - möchte auch bei einem UN-Mandat nicht nach Bagdad ziehen. Kandidat Stoiber könnte - auch mit einer blaubehelmtten - teutonischen Hilfstruppe im wilden Kurdistan nur verlieren. Die Aufrichtigkeit der deutschen Kriegsablehnung wird sich nicht daran messen, wieviele europäische Regierungen sich von Joschka Fischers kalten Füßen anstecken lassen, sondern daran, ob sich die Bundesregierung an das Völkerrecht erinnert und eine öffentliche Auseinandersetzung mit den amerikanischen Cowboys beginnt. Es reicht nicht, die Bundeswehr in der Kaserne zu lassen, während von Ramstein, Spangdahlem und Frankfurt amerikanische Bomber starten, wenn von Stuttgart und Heidelberg der US-Nachschub organisiert wird oder GIs in Hohenfels und Grafenwöhr ihren Wüsteneinsatz trainieren. Das Nein zum völkerrechtswidrigem Angriffskrieg verlangt klare Signale: vom einbestellten US-Botschafter über UN-Sondersitzungen, eine Klage in Den Haag bis zum NATO-Austritt mit gekündigten Stationierungsabkommen.

Zeit für Taten...

Stefan Gose

IMPRESSUM

Herausgeber Verein für friedenspolitische Publizistik e.V., Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin, Fon/Fax: 030/25 79 73 42

redaktion@antimilitarismus-information.de
www.antimilitarismus-information.de

Redaktionskollektiv Sarah Fritsch, Stefan Gose, Jenny Krüger, Gerhard Piper, Claude Reichelt, Jens Rosenke, Christopher Steinmetz

Erscheinungsweise monatlich, darunter unregelmäßig Themenhefte doppelten Umfangs

Preise Jahresabo Inland 30,70€, Jahresabo Ausland 40,90€ (jeweils incl. Porto), Schnupperabo (2 Normalhefte, 1 Themenheft) 7,70€ (incl. Porto), Einzelheft 2,60€, Themenheft 3,10€ (jeweils plus Porto), alle Preise incl. 7% gesetzl. MwSt.

Kündigung Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn nicht bis 30. November eine Kündigung zum Jahresende erfolgt ist.

Spendenkonto/Bankverbindung
Verein für friedenspolitische Publizistik e.V., Konto-Nr. 53 97 77 90 00, Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00

Drucklegung 9. September 2002

Nachdruck der mit Kürzel gezeichneten Beiträge ist bei Angabe der Quelle und Zusendung von zwei Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht.